

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags.
Bezugspreis im Oktober: 1. Woche M. 10 000 000,
frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im
innerdeutschen Verkehr zuzügl. Postbestellgeld.
Einzelnummern 1500 000 M. u. Strotonto M. 50 bei d.
Oberamtsparafasse Reuenbürg, Zweigstelle Wildbad,
Bankkonto: Enztalbank Komm.-Ges. Haderle u. Co.
Wildbad, Postfachkonto Stuttgart Nr. 29174.

Anzeigenpreis: Die einpaltige Zeitspaltze ober deren
Raum i. Bez. Grundr. Nr. 3 1 aufh. 35 einchl. Zus.
Steuer. Reklamizelle 70 M. Bei größeren Aufträgen
Rabatt nach Tarif. Für Offert. u. b. Ausfertigung
werden jeweils 500 000 M. mehr berechnet. Schluß der
Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vorm. In Konturs-
fällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig
wird, fällt jede Nachschlagewährung weg.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung Th. Gack in Wildbad.

Nummer 213

Seite 179

Wildbad, Donnerstag, den 4. Oktober 1923

Werner 179

58. Jahrgang

Tagesspiegel

Die Deutsche Volkspartei wird nunmehr, nachdem eine Fraktionsführung im Beisein Stresemanns abgehalten wurde, im Reichstag für das Ermächtigungsgesetz stimmen, aber darauf Wert legen, welchen Personen die außerordentlichen Vollmachten anvertraut seien.

In der nächsten Sitzung des preussischen Landtags am 9. Oktober wird der Ministerpräsident eine Regierungserklärung abgeben.

Die Pariser Presse meint, die gegenwärtige Erregung in Deutschland laufe auf eine „Reaktion“ hinaus. Preußen wolle Bayern gegenüber nicht auf seine Jahrhunderte alte Stelle als führender Staat verzichten. Da ein Staatsstreik für notwendig erachtet werde, werde Preußen ihn machen. Frankreich müsse mehr als je an Rhein und Ruhr auf der Hut sein.

In einer Rede in Ottawa (Kanada) kündigte der englische Politiker Lord Birkenhead an, Lord George werde in kurzer Zeit wieder Ersterminister in England sein.

Lord Curzon wird in der britischen Reichskonferenz verschiedene Erklärungen über die Außenpolitik der Regierung, besonders über die Entschädigungsfrage und die Ruhrbesetzung abgeben.

Wertbeständigkeit der Steuern

Um die Steuern ergebnisreicher und wertbeständig zu gestalten, ist ein Gesetzentwurf über wertbeständige Steuern und Vereinfachung des Steuerwesens ausgearbeitet worden. Dieser Entwurf will, nachdem die Einkommens- und Körperschaftsteuer bereits durch die Wertbeständigkeit der Vorauszahlungen wertbeständig geworden ist, auch die Vermögenssteuer, die Erwerbsteuer und Kapitalverkehrssteuer wertbeständig machen. Ferner sollen durch Erhöhung der Umsatzsteuer und durch Einführung einer auf Gold gestellten Börsensteuer dem Reich neue Mittel zugeführt werden. Schließlich enthält der Entwurf auch Vorschriften zur Vereinfachung des Steuerverfahrens.

Die Vermögenssteuer wird in diesem Jahr zum ersten Mal, und zwar auf Grund des Vermögensstands vom 31. Dez. 1922 veranlagt werden und gilt auch für 1924 und 1925. Obwohl die Veranlagung für dieses Jahr noch nicht abgeschlossen ist, läßt sich doch schon übersehen, daß das Ergebnis der Vermögenssteuer überaus gering sein wird, weil die Bewertungsvorschrift für die Vermögensgegenstände Preise und Werte maßgebend sein läßt, die hinter dem Kurswert oder Marktpreis am Stichtag des 31. Dez. 1922 beträchtlich zurückgefallen sind. An der im Gang befindlichen Veranlagung kann trotz des voraussichtlich geringen Ergebnisses nichts geändert werden. Dagegen soll nach dem Entwurf die nächste Veranlagung im Jahr 1924 auf Grund des Vermögensstands vom 31. Dez. 1923 vorgenommen werden. Der Entwurf sieht weiter die Möglichkeit einer Veranlagung von Jahr zu Jahr vor. Für die Veranlagung zum 31. Dez. 1923 sollen für die Wertermittlung besondere Bestimmungen erlassen werden. Die Bewertung des Vermögens soll in Goldmark erfolgen. Dementsprechend ist im Entwurf auch ein Goldmarktarif vorgesehen. Die Vermögenssteuer soll jährlich betragen bei physischen Personen für die ersten 10 000 Goldmark des steuerbaren Vermögens 2 vom Tausend, für die nächsten 25 000 Goldmark 4 vom Tausend, für die nächsten 50 000 Goldmark 6 vom Tausend, für die nächsten 100 000 Goldmark 7 vom Tausend, für die nächsten 500 000 Goldmark 8 vom Tausend, für 1 Million Goldmark 9 vom Tausend, für weitere Beträge 10 vom Tausend. Für die nicht physischen Personen sollen die halben Sätze gelten. Wenn das Vermögen 2000 Goldmark nicht übersteigt, soll eine Steuerpflicht nicht bestehen.

Bezüglich der Erbschaftsteuer ist vorgesehen, daß künftig bei der Bewertung des Vermögens der Erbschaftsteuer die Grundzüge, die der Entwurf für die Vermögenssteuer vorzulesen, entsprechend gelten. Dabei soll von dem tatsächlichen Wert am Todes- oder Schenkungstag ausgegangen werden. Die Wertstufe des Werttarifs und die Befreiungsgrenze sollen gleichfalls auf Gold gestellt werden.

Die Umsatzsteuer soll auf 24 Proz. erhöht werden. Bei der Kapitalverkehrssteuer handelt es sich hauptsächlich um Abstellung der Nachteile, die bei Bewertung und Zahlung infolge der Geldentwertung entstehen. — Eine neue Steuerquelle stellt die in dem Entwurf vorgesehene Börsensteuer dar. Die Börsenulassung soll einer einmaligen, der Börsenbesuch einer fortlaufenden Steuer unterworfen werden. Die Steuer ist in Gold zu zahlen. Sie beträgt für jede Person, die zum Börsenbesuch zugelassen wird, 500 Goldmark und außerdem für jeden angefallenen Kalendermonat des Dauer des Börsenbesuchs 100 Goldmark.

Die Vorgänge in Berlin.

Die Reichstagsitzung unbestimmt verschoben

Berlin, 3. Okt. Präsident Lobe teilte gestern abend 8 Uhr im Reichstag mit, daß die anberaumte Sitzung, in der die Regierungserklärung abgegeben werden sollte, nicht stattfinden und ein bestimmter Zeitpunkt für die Sitzung noch nicht angegeben werden könne.

Rücktritt des Reichswirtschaftsministers

Berlin, 3. Okt. Reichswirtschaftsminister von Kaumer hat sein Entlassungsgesuch eingereicht. Der Grund des Rücktritts ist nach den Berliner Blättern in dem scharfen Widerstand zu sehen, der sich in der Deutschen Volkspartei gegen die Amtsführung des Ministers zeigte. Auch der Reichsernährungsminister Dr. Luther soll die Absicht haben, zurückzutreten.

Die Stellung der Parteien

Im Reichstag herrschte gestern den ganzen Tag große Aufregung. Die Abgeordneten waren, obgleich die Sitzung erst abends 9 Uhr anberaumt war, schon seit den Morgenstunden gruppenweise in den Wandelgängen in eifrigem Gespräch; in den Fraktionszimmern berieten die Fraktionsführer. Der Fraktionsbeschluss der Deutschen Volkspartei, den Abg. Dr. Schulz verkündigte hatte, daß Koalition und Regierung nach rechts durch die Aufnahme der Deutschnationalen Volkspartei erweitert werden müsse, wurde lebhaft erörtert. Im Zentrum scheint eine starke Minderheit dafür zu sein, die Mehrheit will an der jetzigen „Großen Koalition“ festhalten. Die Deutschnationalen lassen wissen, daß sie es ablehnen, nur die Mitverantwortung für die jetzt so verfahrenen Lage mittragen zu helfen. Sie seien bereit, in die Regierung einzutreten, aber nur unter der Bedingung, daß die Besetzung der Ministerposten ausschließlich nach dem Gesichtspunkt der Befähigung, nicht des Parteistandpunkts erfolge; daß die seit der Revolution als Stiefkind behandelte Landwirtschaft wieder den ihr gebührenden Platz erhalte; daß ferner die Ostjuden ausgewiesen und ihre Wohnungen den aus den besetzten Gebieten Ausgewiesenen, den deutschen Flüchtlingen und Kriegsbeschädigten zugeteilt werden. Nur wenn

Der Entwurf enthält weiter Bestimmungen über Steuerbewertung und Steuererbschaften. Ferner ist u. a., daß alle Zahlungen, die nach dem 31. Dezember 1923 fällig werden, in Gold geleistet werden müssen, ohne Rücksicht darauf, ob die Steuer selbst in Gold zu zahlen ist oder nicht. Schließlich sind in dem Entwurf noch eine Reihe von Vereinfachungen im Besteuerungsverfahren vorgesehen. Die neuen Vorschriften sollen grundsätzlich am 1. Januar 1924 in Kraft treten. — Bezüglich der Erbschaftsteuer ist vorgesehen, daß die in dem Entwurf enthaltenen Bestimmungen rückwirkende Kraft ab 1. Juli dieses Jahrs erhalten sollen.

Anzeitgemäße Steuerpolitik.

Aus Berlin schreibt man uns:

Steuern können dazu führen, die Produktion zu beleben. Die Unternehmung u. können durch Steuern dazu angeleitet werden, gezwungen werden, die Betriebe in technischer und organisatorischer Beziehung zu verbessern, um trotz erhöhter Steuerabführung die Gewinnchancen nicht zu verlieren. Die Voraussetzung bei einer derartigen Steuerpolitik ist aber, daß sie das Augenmaß dafür hat, wann die Steuerstrafe stark genug angezogen ist. Von dem Steuerprogramm der drei freigewerkschaftlichen Erbsenverbände (A. D. G., A. G., A. T. B.) kann man nicht sagen, daß es von diesem Gesichtspunkte aus aufgestellt ist. Denn darüber werden sich die Gewerkschaften auch klar sein, daß die Steuern von der Wirtschaft ertrahet werden müssen.

Offenbar aus agitatorischen Gründen wird noch einmal das Plakat „Erfassung der Sachwerte“ groß aufgerichtet. Alle Körperschaften auf Grund des Körperschaftsteuergesetzes zur Körperschaftsteuerzahlung veranlagt sollen ihre Kapitalanteile um ein Drittel erhöhen und dieses an das Reich abführen, von jeder weiteren Kapitalerhöhung sollen 25 Prozent ebenfalls in die Reichskasse wandern. Soweit die Körperschaftsbildung noch nicht durchgeführt ist, soll sie zwangsweise vorgenommen werden bei all den Unternehmungen, die mehr als 100 Arbeitnehmer beschäftigen oder mehr als eine

Rücktritt der Reichsregierung.

eine gründliche Umkehr der bisherigen verfehlten Politik, die Deutschland in den politischen und wirtschaftlichen Abgrund gestürzt habe, verbürgt sei, könne die Deutschnationale Volkspartei die Mitverantwortung übernehmen. Die Sozialdemokratische Partei schien anfänglich geneigt, Zugeständnisse zu machen, dann trat sie aber ihrerseits mit Forderungen hervor; namentlich verlangte sie, daß Hilferding Reichsfinanzminister bleibe und daß Bayern gezwungen werde, seinen Ausnahmezustand aufzuheben, überhaupt solle das Reich zwischen sich und Bayern eine „klare Lage“ schaffen. Auch die Demokraten lehnen ein Zusammengehen mit den Deutschnationalen ab. Die Verwirrung steigerte sich, als der Rücktritt des Reichswirtschaftsministers v. Kaumer, der der Deutschen Volkspartei angehört, bekanntgegeben wurde.

Kabinettsrat

Berlin, 3. Okt. Gestern abend vor acht Uhr besprach sich Reichskanzler Stresemann mit den Führern der Parteien. Soweit bis jetzt festgestellt werden konnte, ist in den wichtigsten Fragen keine Einigung herbeigeführt worden, namentlich lehnte die Sozialdemokratie die Aufhebung des Achtstunden-Arbeitstags ab. Der Kanzler erklärte, daß er die Lage mit dem Reichspräsidenten besprechen werde. Darauf fand eine Beratung des Reichskabinetts statt.

Stresemann mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt

Berlin, 4. Okt. Das Reichskabinettsrat ist zurückgetreten, da sich die Sozialdemokratie in der Arbeitszeitfrage nicht geeinigt hat. Der Reichspräsident hat den Reichskanzler Stresemann mit der Bildung der neuen Regierung beauftragt.

Was also gestern noch als Unmöglichkeit galt, ist heute eingetreten. Die Sozialdemokraten konnten sich von den Fesseln des Achtstundentags nicht losmachen, was zum Rücktritt des Kabinetts führte.

Million Mark Grundkapital haben. Ferner soll der Grundbesitz im Inlande mit einer Grundschuld belastet werden zu Gunsten des Reiches, ausgenommen sind vorläufig nach die unter die Zwangsbevirtschaftung fallenden Mietshäuser.

Mit dieser „Erfassung der Sachwerte“ sind wir nun glücklich bei der dritten angelangt. Zunächst hat der Reichskanzler Dr. Stresemann den Reparationsgläubigern als Pfandobjekt nicht nur das Eigentum der öffentlich rechtlichen Körperschaften angeboten, sondern er ist darüber hinausgegangen mit dem Versprechen, das Privatigentum dazu heranzuziehen. Zum zweiten wird der deutsche Privatbesitz mit einer Zwangshypothek belegt zum Zwecke der Bildung einer Uebergangswährung. Und nun kommen die Gewerkschaften und wollen aus steuerpolitischen Gründen abermals den Privatbesitz in Anspruch nehmen. Ganz abgesehen davon, daß der Durchführung einer solchen Steuerbelastung die eben gekennzeichneten außen- und währungspolitischen in Aussicht genommenen Maßnahmen entgegenstehen, werden auch die Gewerkschaften zugeben müssen, daß man über eine gewisse Belastung des Privatbesitzes nicht hinausgehen darf; denn sonst stellt man die Kreditwürdigkeit der Unternehmungen in Frage. Darunter ist nicht nur ausländischer Kredit, sondern auch inländischer Kredit zu verstehen. Überlegt man sich weiter, daß es gerade die starke Seite des deutschen Unternehmers ist, in der Ausnutzung des Kredites, nicht zuletzt zum Wohle der Arbeiter und der stark anwachsenden deutschen Bevölkerung, waghalsig zu sein und damit unter Aufschwüngen großer Risiken die Wirtschaft zu befruchten, so genügt allein dieser Hinweis, um zu zeigen, welche weittragenden Folgen ein derartiger steuerpolitischer Eingriff haben muß. Es wäre zu wünschen, daß die Sozialdemokratie den ihnen nahestehenden Gewerkschaften die wirtschaftspolitischen Notwendigkeiten einer geordneten Steuerpolitik klarlegt; denn die Sozialdemokratie ist als Regierungspartei mit verantwortlich für eine derartige Politik, wenn sie zur Tat übergehen soll. Der zweite Punkt des Steuerprogramms betrifft die Neuauflage des



Erbrechtes. Beträgt die Erbmasse über 100 000 Goldmark, so tritt das Reich als Miteigentümer an dem Nachlaß auf, außerdem wird das Erbrecht begrenzt auf die Verwandten erster und zweiter Ordnung. Diese besondere Regelung ist vollkommen überflüssig, sie läßt sich in viel besserer Weise durch eine geschickte Staffelung der Steuerfüße erreichen, schädigt nicht die Kapitalbildung und erhält den Sparinn, der nun einmal der Anfang jeder Kapitalbildung ist.

Besondere Aufmerksamkeit schenkt das Programm der Besteuerung der Landwirtschaft. Wir sind mit den Gewerkschaften darin einig, daß eine neue Bewertung des Bodens vorgenommen werden muß; aber wenn sich die Gewerkschaften einmal überlegen, wie lange die Aufstellung eines neuen Katasters dauert, so werden sie einsehen, daß ihre jetzigen Vorschläge für die augenblickliche Notlage des Reiches überhaupt nicht in Frage kommen. Auch bezüglich der Verbrauchsbesteuerung können wir dem freigeberischen Steuerprogramm nicht zustimmen, das die Bildung von Monopolen für Massenkonsumartikel vorsieht. Dagegen sind wir einverstanden mit einer scharfen Besteuerung von Luxusartikeln; es wäre sogar zu überlegen, ob man die Verbrauchssteuern, die sich durch Verwaltungsausgaben aufreissen, nicht überhaupt abbaut und dafür eine leichte Erhöhung der Umsatzsteuer vornimmt. Ueberflüssig, zu sagen, daß wir für eine durchsichtige Steueranschlagung schon immer eingetreten sind.

Ganz unmöglich aber ist die Forderung der Gewerkschaften, daß die Betriebsräte Kontrolle und Gegenzeichnung bei Abführung der Steuern vornehmen; denn damit würde man die Betriebsräte halb und halb zu einer öffentlich rechtlichen Einrichtung machen, wo sie doch nur dazu mitwirken sollen, mit dem Unternehmer zusammen die gesunde Existenz des Unternehmens zu erhalten.

Der Reichsfinanzminister hat sich ebenfalls den Kopf darüber zerbrochen, wie er dem Reichsporteinnehmer neue Einnahmen verschafft. Merkwürdigerweise steht er auf dem Standpunkt, daß durch die Einführung eines Multiplikators die Wertbeständigkeit bei der Körperschaftsteuer, Einkommensteuer und Vermögenssteuer schon erreicht ist. Man sollte annehmen, daß ihm klar ist, daß wertbeständige Steuern erst dann möglich sind, wenn wir eine wertbeständige Währung, zum mindesten eine wertbeständige Rechnungseinheit haben. Der Plan des Reichsfinanzministers sieht u. a. eine Erhöhung der Umsatzsteuer auf 2 1/2 Prozent vor und eine besonders scharfe Körperschaftsteuer, so scharf, daß sie untragbar ist und in ganz falscher Richtung wirken wird. Statt der Körperschaftsteuer sollte man lieber einmal die Zulassungen zur Börsenprüfung und in Zukunft scharfer handhaben, wenn man auf diesem Wege der Spekulation Schranken setzen will.

So erfreulich es ist, so sehr es von Staatsbewußtsein zeugt, wenn Gewerkschaften sich über die Mittel des Reiches den Kopf zerbrechen, so ist die steuerpolitische Frage doch untrennbar mit der Währungsfrage verknüpft, und alle nun noch angestrebten und zu verwirklichenden Maßnahmen führen nur dazu, die Steueranschlagung noch unübersichtlicher zu machen als sie schon ist, und dem Steuerzahler das Steuerzahlen noch unleidlicher zu machen.

Die Ueberrumpelung Rüsttrins

Berlin, 3. Okt. (Amtlich.) Ueber die Vorgänge in Rüsttrin kann bis jetzt folgendes gesagt werden: Seit Mitte letzter Woche fanden in der näheren und weiteren Umgebung Berlins Ansammlungen von jungen Leuten statt, die angaben, daß sie sich der Reichswehr zur Verfügung stellen wollten. Der Militärbefehlshaber und die Polizeibehörde veranlaßten, daß sie, wo sie gestiftet wurden, zerstreut und wieder nach Hause geschickt wurden. Es lag der Verdacht vor, daß diese Leute unter der Vorpiegelung nationaler Ziele von einer Stelle aus einheitlich angeführt wurden, um militärischen Verbänden zusammengestellt zu werden und

innerpolitischen Zwecken zu dienen. Der Wehrkreisbefehlshaber erließ deshalb in der Presse am 29. September eine öffentliche Warnung und bekundete die Entschlossenheit gegen jede Störung der Ruhe und Ordnung rücksichtslos vorzugehen.

Als Führer der Bewegung wurde Major a. D. Buchrucker ermittelt. Es wurde am 30. September ein Haftbefehl gegen ihn erlassen. Buchrucker erkannte offenbar, daß seine Pläne durchkreuzt werden sollten. Er zog deshalb in der Nacht vom 30. September zum 1. Oktober so viele Anhänger, als er erreichen konnte, in Rüsttrin zusammen. Sie verbargen sich zunächst im Zeughof, einem alten Festungswerk, worin nur ein Trupp Arbeiter lag, die mit ihnen im Einverständnis handelten. Die Altstadt von Rüsttrin, die von Ober und Warthe umflossen und von alten Wällen umgeben ist, läßt sich leicht von außen absperrern. In militärischen Gebäuden enthält sie nur die Kommandantur. Die Garnison liegt jenseits der Warthe. Buchrucker scheint beabsichtigt zu haben, durch Ueberrumpelung der Festung Gleichgesinnte im ganzen Reich zum Losschlagen zu veranlassen und durch diese Verzweilungstat sich selbst zu retten. Auf welche Kreise er dabei rechnete, läßt sich noch nicht mit Sicherheit sagen. Im Morgenrauschen hielt er die wichtigsten Punkte und Zugänge der Stadt besetzt und begab sich selbst mit anderen Rädelsführern in die Kommandantur zu Verhandlungen. Der Kommandant, Oberst Gudovius, ließ sich aber nicht auf Verhandlungen ein, sondern handelte mit größter Energie. Die Führer ließ er ungehört verhaften. Die nachdrängenden Stottrupps nahm eine Wache des Pionierbataillons fest. Vor einer herbeigerufenen Schwadron der Fahrbteilung III zogen sich die Aufständischen in den Zeughof zurück, wo sie eingeschlossen wurden. Das Wehrkreiskommando III hatte auf die ersten Nachrichten von den Ereignissen hin den Oberst v. Eisebeck mit Truppen aller Waffens in Bewegung gesetzt, um den Aufruhr unter allen Umständen unterdrücken zu können. Das Pionierbataillon, das keine schweren Waffen besaß, mußte sich bis zu ihrer Ankunft auf Absperrung beschränken. Es wies gegen Abend einen Vorstoß schwächerer Aufhörttrupps ab, die zum Teil in Autos von außerhalb kamen, um die Eingeschlossenen zu entsetzen. Die Angreifenden hatten hierbei einen Toten, zwei Schwer- und vier Leichtverwundete. Nach Eintreffen von Verstärkungen ergaben sich die im Zeughof Eingeschlossenen, im ganzen 381 Mann, von denen man 193 als Rädelsführer ansehen kann. Dazu wurden noch 38 Mann festgenommen, die einen Entfahversuch von außerhalb gemacht hatten. Welchen Kreisen die Befangenen angehören und welche politischen Ziele sie verfolgen, wird sich im einzelnen erst bei den Verhandlungen feststellen lassen, die im Lauf des gestrigen Tags begonnen haben. Die Ururteilung der Festgenommenen erfolgt durch ein außerordentliches Gericht in Cottbus.

Gleichzeitig mit diesen Ereignissen wurde auch die nähere und weitere Umgebung Berlins von Reichswehr und Schutzpolizei streng überwacht, um alle Ansammlungen zu verhindern. Hierbei wurden 200 Mann festgenommen, die sich im Ueberrumpelung Gelände sammelten. Die Nachforschungen werden fortgesetzt. Es scheint jedoch, daß die Bewegung durch das tatkräftige Zusammenwirken des Obersten Gudovius in Rüsttrin und das schnelle Eingreifen der Truppen, von der jeder Offizier und jeder Mann im vollsten Maße seine Pflicht getan hat, im Keim erstickt wurde.

Neue Nachrichten

Die Währungsbank

Berlin, 3. Okt. Der Reichsrat hat dem abgeänderten Entwurf einer Währungsbank mit der Neumark, die der Goldmark gleichstellen soll, zugestimmt. Der Reichsrat betont, daß es sich nur um eine Uebergangsmäßregel zur Goldwährung handeln könne. Voraussetzung sei, daß durch Mehrarbeit die deutsche Handelsbilanz wieder aktiv werde und daß es in den nächsten Monaten gelinge, den Reichshaushalt ins Gleichgewicht zu bringen.

Zwangspensionierung

Dresden, 3. Okt. Das sächsische Kirchenregiment hat den evang. Landesbischof D. Ihmele und den Präsidenten des Konsistoriums D. Böhm von der Ausübung ihrer Am-

ter entbunden, nachdem das Kultministerium den Beamten unter Androhung schwerer Disziplinarstrafen verboten hatte, noch irgend welche Anordnung des Präsidenten und des Landesbischofs auszuführen. — Die genannten Geistlichen waren von der sächsischen Regierung wegen Erreichung der Altersgrenze für Staatsbeamte zwangsweise in den Ruhestand versetzt worden, was die evang. Kirche Sachsens nicht anerkennt.

Die 100 Goldmillionen der Nürnberger Reichsbank

Berlin, 3. Okt. Die „Post. Ztg.“ will wissen, die Reichsbank habe vor einigen Tagen ohne vorheriges Einverständnis mit der Reichsregierung angeordnet, daß 100 Millionen in Gold aus ihrer Zweigstelle in Nürnberg nach Berlin gebracht werden sollen, wozu die Anregung von Nürnberg ausgegangen sei. Generalkonferenzkommissar v. Kahr habe die Ueberführung unterlagert, sie sei aber doch ausgeführt worden.

Ein Aufruf Hitters

München, 3. Okt. Der „Deutsche Kampfbund“ erläßt einen Aufruf, seine Bestrebungen zielen ausschließlich darauf ab, unter der schwarzweißen Flagge für die Auferstehung Deutschlands als völkischer Bundesstaat zu kämpfen. Alle bayerischen Sonderinteressen, auch konfessioneller Art, müssen hinter den gemeinsamen deutschen Interessen zurücktreten. Es gebe kein gesundes Bayern inmitten einer roten Flut von der Wolga bis zum Rhein. Nicht fort vom Reich, sondern für das Reich, ins Reich.

In einer Denkschrift in Schliersee sagte General v. Dendorff: Wir werden nicht eher gesund, ehe nicht der Kommunismus und der Marxismus ausgerottet sind und der deutsche Arbeiter die Welt wieder mit seinen gesunden deutschen Augen sieht.

Das Verbot des „Völkischen Beobachters“ durch den Reichswehrminister ist von General v. Lossow, dem Generalkonferenzkommissar v. Kahr übergeben worden. Das Blatt, das eine gemäßigte Haltung angenommen hat, erscheint weiter. — Nach dem B. L. hat General v. Lossow den Befehl erhalten, das Verbot dennoch durchzuführen und nötigenfalls die Druckerei durch Reichswehr besetzen zu lassen.

Widerstand im Ruhrgebiet

Essen, 3. Okt. Der Stahlaberein Witten hat vorläufig seinen Arbeitern gekündigt. Auf den übrigen Großenwerken des Ruhrgebietes werden die Arbeiter und Angestellte auf ähnliche Maßnahmen vorbereitet, falls das Reich seine Politik fortsetze. Ende der Woche stellt das Reich die Lohnzahlungen ein. Da die Löhne um 75 Prozent wieder erhöht worden sind, erklären die Jechen, daß sie auch nicht annähernd in den Stand seien, die nötigen Summen ohne Reichsbeiträge aufzubringen. Dazu kommt, daß die von den Franzosen eingeführten fremden Währungen eine bedeutende Steigerung der Kosten für Lebenshaltung mit sich bringen. Die Jechen sind nicht in der Lage, die Kohlenmengen wegzuschaffen, die nach der Einstellung des passiven Widerstands und der Wiederaufnahme der Arbeit jetzt gefördert werden. Die Lage ist sehr ernst.

Der Billionenraub

Dortmund, 3. Okt. Ein Wagen des Bochumer Vereins mit 94 Billionen Mark Notgeld wurde von den Franzosen weggenommen. Der Firma Krupp in Essen wurden 800 Milliarden geraubt.

In Duisburg wurden 52 Eisenbahner mit Familien ausgewiesen. Die Hauptwerkstätten in Witten sind besetzt.

Die Beamten der Jechen „Rhein-Elbe“ in Dortmund wurden mit Familien ausgewiesen. Sie erhielten den Befehl, sich in einer Stunde „ausweisungsfertig“ zu machen, worauf sie auf Lastautos verladen und fortgeführt wurden. Die Kinder wurden aus den Schulen geholt.

Enttäuschung über Baldwin's Rede

London, 3. Okt. Die Eröffnungsrede Baldwin's auf der britischen Reichskonferenz hat in einem Teil der Presse enttäuscht. „Daily Chronicle“ und „Westminster Gazette“ schreiben, das Ansehen Englands und seiner Regierung habe durch dieses neue Schwächezeugnis sicherlich nicht gewonnen. Das Blatt der Diehards dagegen, die „Morning Post“ sagt, wenn Deutschland zerstückelt werde, so sei dies eine Wohltat für England.

Der Vertreter Südafrikas auf der Reichskonferenz, General Smuts, erklärte in seiner Rede, das britische Reich

Aus Münchens guter alter Zeit

(Lex mihi ars — Die Kunst mein Gesetz)

Musikroman von Dr. Hans Fischer-Hohenhausen.

109

(Rauchverboten.)

In diesem Augenblick gestellte mit schrillen Ton die Schulglocke, die den Schluß des Unterrichts verkündete, durchs Haus, und erlöste atmeten die beiden Sünder auf. Allgemeine Unruhe entstand im Schulzimmer und machte es dem Professor unmöglich, weiter zu reden. Für heute waren die beiden mit einem blauen Auge davongekommen. Besänftigt gab er ihnen nun Buch und Noten zurück, nicht ohne die Mahnung daran zu knüpfen, sich nicht mehr auf einem faulen Pferde erwidern zu lassen.

Richard Strauß und Hans Fischer waren Nachbarkinder. Nüchtern einfüßig trottelten sie den gemeinsamen Heimweg neben einander her, bis sie vor Richards Haustüre standen.

„Was tust Du jetzt?“ begann jetzt Hans.
„Das kommt darauf an, ob der Alte zu Haus ist,“ entgegnete Richard.

In dem Augenblick kam der Alte aus dem Haus. Hans Fischer zog höflich seinen Hut zum Gruß, was der Alte kaum zu bemerken schien, denn er wandte sich gleich an seinen Sohn mit den Worten:

„So! Bist Du endlich da — mach mal jetzt sofort Deine Hausaufgaben, sonst darfst Du heute abend nicht ins Konzert! Bis ich in einer Stunde wieder komme, mußt Du fertig sein! Verstanden?“

Mit drohend gehobenem Stock wandte er sich zum Gehen, wobei er etwas in den Bart brummte, was vielleicht Grüß Gott hätte heißen können.

„Also, was tust Du jetzt?“ begann jetzt Hans wieder, „der Alte ist ja fort.“

Richard schien jetzt auf einmal ganz geistesabwesend und blickte nach einer andern Richtung, von der sich eine

weibliche Gestalt näherte. — Auch Fischer folgte jetzt Richards Blicken.

„Aaaa! — Diese hübsche junge Dame kannte Hans ja auch vom Sehen! In allen Konzerten, die er besuchte, sah sie in ausgesucht eleganter Toilette auf reserviertem Sitz, und er war schon lange neugierig, zu erfahren, wer sie sei. Richard schien sie persönlich zu kennen; denn er wurde plötzlich rot und verlegen. Rasch kam die junge Dame näher — sie mochte kaum Anfang zwanzig sein — und grüßte schon von Weitem mit vertraulichem Kopfnicken den jungen Richard, der tief und verlegen den Hut vor ihr zog. Hans Fischer grüßte mit, während sie mit graziosem Händewinken und mit den Worten: „Grüß Gott, Richard! Wie geht's zu Haus?“ vorüberlief und eine Wolke von Rosendunst um sich verbreitete.

„Nun sag mal, ich sehe, Du kennst die Dame,“ begann Fischer, „wie heißt sie denn? Ich sehe sie so oft!“

„Das weißt Du nicht? Das ist doch Frau Ritschal, Gattin des lgl. Hofmusiklers Hannafel Ritschal — weißt Du, der erste am sechsten Puls der ersten Violine.“

„Du kennst Du sie natürlich als Frau eines Kollegen Deines Vaters — aber, aber! Du bist ja ganz rot geworden, mir scheint, Du bist verliebt in sie! Ist doch nichts für Dich! Mindestens zehn Jahre älter und schon verheiratet!“

„Glaubst Du, ich verlöre mich in eine, die zehn Jahre jünger ist als ich, oder in einen staakgen Backfisch — Du bist wohl noch nie verliebt gewesen?“

„Bis jetzt noch nicht.“

„Dann verheiratet Du nichts davon — ich war schon mit zehn Jahren in eine ältere Dame verliebt.“

„Du machst Geständnisse! Uebrigens, wozu? Bis wir einmal groß und alt genug sind, dürfte die Schönheit und Lieblichkeit der von uns angebeteten Damen gelitten haben.“

„Heiraten!!!“ sprach Richard mit feltfamer Betonung, „Du Philister!“

„Wie so?“

„Ich könnte nicht komponieren, wenn ich nicht verliebt wäre!“

„Aber der kleine Leo komponiert doch auch.“

„Was das Zeug wert ist, wollen wir nicht untersuchen. — Uebrigens ist Leo in die Gouvernante seiner Schwester verknallt.“

„Der Knirps?!“

„Der Knirps hat's faustdick hinter den Ohren. — Wenn's da nur nicht mal einen furchtbaren Krach gibt!“

„Aber, Richard! — Der kleine Bub! — Und die Gouvernante ist doch wenigstens zwanzig Jahre älter wie er!“

„Hast Du ihn neulich das Adagio aus dem G-moll-Quintett spielen hören? Musik hat er ja im Leib; das muß man ihm lassen — aber die Leidenschaft, mit der er die Cantilene gespielt hat, war nicht eingeübt.“

„Der Knirps!“ wiederholte Hans immer wieder kopfschüttelnd.

„Nur mal selbst auf! Du kommst öfter zu ihm ins Haus. — Aber,“ wechselte er jetzt rasch das Thema, „wir wollen die Zeit benutzen und ein bisschen vierhändig spielen. Kommst Du mit 'auf?“

„Wenn aber Dein Herr Vater —“

„Meinst, ich fürcht' mich vor dem? Dem sag' ich überhaupt nächstens einmal meine Meinung! Ich lasse mich nicht mehr so gängeln und schuhriegen, und wenn er mir's zu bunt treibt, brenn' ich mit meiner Geige durch und spiel' im Wirthaus. Wenn ich mein Geld selbst verdiene, was will er machen?“

„Er kann Dich von der Polizei zurückholen lassen.“ entgegnete der in solchen Dingen wohlinformierte Advokatensohn. „Wir sind noch nicht mündig. Lasse diese Phantastereien; wir kommen auch mal zu Jahren und dann können wir tun, was wir wollen.“

(Fortsetzung folgt.)

habe schon manchen Sturm überstanden, während andere Größen gestürzt wurden. Bei der europäischen Lage sei die erste Forderung, dazu könne das britische Weltreich mehr als ein anderes seine Macht ausüben. Gewisse Politiker glauben scheinbar, ihre Schulden auf die leichte Achsel nehmen zu können, während England ehrlich seine Verpflichtungen (an Amerika) erfüllt. Solange aber der Handel nicht wiederhergestellt sei, bedeute dies eine schwere Belastung. — Der Vertreter Irlands, Präsident Coadgrave, versicherte, Irland wolle seine ihm übertragene Verantwortung erfüllen und einen Teil der gemeinsamen Lasten auf sich nehmen.

Reichstagsanträge

Berlin, 3. Okt. Die Bayer. Volkspartei hat im Reichstag einen Antrag auf Abänderung der Reichsteuergesetze eingebracht. Die Deutschnationalen beantragen, den Entwertungs faktor für die Einkommensteuervorauszahlungen auf 30 000 herabzusetzen und für wirtschaftlich schwache Betriebe des Handels und Kleinhandels die Zahlung der „Ruhrabgabe“ um einen Monat hinauszuschieben, ferner eine Neuveranlagung des Wehrbeitrags und Abbau der Kohlensteuer.

Die Regierungserklärung

Berlin, 3. Okt. Das Blatt Stresemanns, „Die Zeit“, ist in der Lage, den Inhalt der Regierungserklärung mitzuteilen, die der Reichstagspräsident in der inzwischen abgegangenen Reichstagsitzung abzugeben beabsichtigt hatte. Es sei kein Zweifel mehr, daß Frankreich trotz des aufgegebenen passiven Widerstands seine bisherige Politik festhalten und auf keine Verhandlungen sich einlassen wolle. Die Regierung sei entschlossen, darauf die einzig mögliche Antwort zu geben. Die Regierung verlange nun ein Ermächtigungsgesetz, im Innern des Reichs alle Maßnahmen durch Verordnungen (ohne Zustimmung des Reichstags) treffen zu dürfen, die sie aus wirtschaftlichem, finanziellem und sozialem Gebiet für erforderlich halte, so z. B. die Produktionsminderung durch Arbeitsmehreistung u. a.

Der Fehlschlag der Sonderbündler

Paris, 3. Okt. Der Berliner Berichterstatter der „Humanité“ berichtet aus Düsseldorf: Die Sonderbündler haben am Sonntag bei der geplanten Ausrufung der rheinischen Republik einen gänzlich misserfolgreich gehabt. Obgleich ihnen unentgeltlich beliebig viele Sonderzüge zur Verfügung gestellt wurden, haben sie kaum 10 000 Mann aufgebracht. Aus dem Ruhrgebiet seien in 2 Sonderzügen 510 Leute gekommen, Matthes (der Sonderbündlerführer im Ruhrgebiet) habe aber 10 Züge verlangt.

Württemberg

Stuttgart, 3. Okt. Jubiläum. Vor hundert Jahren wurde mit der Taubstummenanstalt in Gmünd erstmals eine Blindenerziehungsanstalt verbunden und damit der Grund zu einer geordneten Blindenfürsorge in Württemberg gelegt. Wenige Jahre später trat die private Stuttgarter Blindenanstalt, später Nikolauspflanzge genannt, ins Leben, mit der dann die Anstalt in Gmünd verbunden wurde. Diese Anstalt enthält zurzeit etwa 100 Pflanzlinge. Die Hundertjahrfeier wird bescheiden ausfallen müssen, aber vielleicht nimmt mancher Blindenfreund im Lande Veranlassung, der schwer mit der Not der Zeit ringenden Anstalt zu ihrem Ehrentag eine Spende, Geld oder vor allem Lebensmittel zukommen zu lassen.

Stuttgart, 3. Okt. Brotpreiserhöhung. Der Preis für markenfrees Brot wurde hier auf 18 Millionen, für Weißbrot auf 22 Millionen für das Kilogramm erhöht. Ein Bröckchen kostet eine Million. Das Backgeld wird wieder um die Hälfte erhöht.

Nekarsum, 3. Okt. Verleihung von Bergwerkseigentum. David Schnell, Gipfermeister in Stuttgart, Böheimstraße 68, hat unter dem Namen Gipswert Roigheim das Bergwerkseigentum in einem auf der Gemeindefeldmark Roigheim, Oberamts Neckarsum, gelegenen Grubenfelde von 1 954 093 Quadratmetern Flächeninhalt zur Gewinnung des in diesem Grubenfelde vorkommenden Gipses zu den bisherigen und diesen entsprechenden neuen Verwendungszwecken (Verwendung für das Baugewerbe und für die Landwirtschaft als Düngemittel) erhalten.

Ellwangen, 3. Okt. Die Millionen des toten Handwerksburschen. Ein aus Ellwangen gebürtiger, nach zweitägigem Aufenthalt im Kottenburger Spital verstorbenen bejahrter Handwerksbursche namens Wendel hinterließ lt. Ipf- und Jagtzitz, einen ganzen Rucksack vollgestopft mit Geldscheinen. Von den höheren Millionenwerten und 500 000-Stücken beginnend — und diese waren nicht wenige — bis zu den 100- und 50-Marktscheinen, welche in Mengen vorhanden waren; auch viele 20-Marktscheine, ganz wenig niedriger Werte besaß der Verstorbene.

Schlörbach, 3. Okt. Göttingen, 3. Okt. Hebet'n. Gegen 12 Uhr nachts fuhr ein Radfahrer von Albershausen durch unseren Ort, der unter dem Rufe hebet'n einem Kirchheimer Bonnygespann nachfuhr. Der Bonnybesitzer hatte auf Markung Albershausen mit drei Kumpanen Kraut, Blumentohl und Kartoffeln, zusammen etwa 6 Zentner, gestohlen. Dem Radfahrer schlossen sich weitere Schlörbacher an und hielten den Dieb in der Richtung nach Kirchheim ein. Sie verabreichten ihm eine Portion Prügel und verbrachten ihn aufs Rathaus, wo er über Nacht in polizeilichen Schutz genommen wurde.

Heidenheim, 3. Okt. Auch ein Zeichen der Zeit. In einem Nachbarort Heidenheims übergab dieses Frühjahr ein Bauer seinem Sohn den Hof, bestehend aus 30 Morgen Feld, Haus, Stallungen und Vieh um 700 000 Mk. Bezahlt wurden die 700 000 Mk. Mitte September einschließlich Zins mit 1 Million Mark. Was konnte der Bauer dafür kaufen? Vielleicht ein Viertel Wein?

Balingen, 3. Okt. Obstbautag. Am Samstag, den 6. Oktober, wird die heurige Tagung des Württ. Obstbauvereins hier abgehalten.

Leßnang, 3. Okt. Schwerer Diebstahl. In der Nacht wurde bei Geometer Bäurle aus dem Untergeschloß seiner Wohnung ein neues Damenfahrrad und einige gefüllte Schmalzbehälter gestohlen. Die Diebe stiegen durch ein Erdgeschloßfenster ein und brachten ihre Beute auch durch das Fenster in Sicherheit.

Rückgang der Leichenverbrennungen. In Württemberg gibt es sechs Leichenverbrennungsanstalten. Seit 1915 zeigt sich ein Rückgang von 1048 auf 776 Verbrennungen. Auch die Zahl der Verbrennungen von nicht in Württemberg anfallenden Personen hat seit 1913 stetig abgenommen. 1922 waren es nur noch 28.

Baden

Mannheim, 3. Okt. Am Ludwigsbahner Hauptbahnhof wurde eine Jagd auf wilde Desinfizierhändler und Desinfizierläufer vorgenommen und hierbei eine Person verhaftet.

Die Buchdruckerei Max Hahn u. Co., Verlag des „Mannheimer Tageblatts“ ist mit einem Aktienkapital von 5,7 Millionen Mark in eine Aktiengesellschaft umgewandelt worden. Gründer sind die bisherigen Inhaber der Buchdruckerei Max Hahn u. Co.

Heidelberg, 3. Okt. Geh. Oberpostrat a. D. Dr. Karl Streckler in Heidelberg wurde zum Prof. in der naturwissenschaftlich-mathematischen Fakultät der Universität Heidelberg ernannt.

Eberbach, 3. Okt. Bei der Station Hirschhorn stürzte ein junger Mann namens Berg aus Langental aus einem Personenzug und war sofort tot.

Boden-Baden, 3. Okt. Für die Erwerbslosen wird eifrig gesammelt. Die Firma Baischard stiftete 10 Millionen, die hiesige Filiale der Süddeutschen Diskontogesellschaft 2 Millionen, Herr Haniel 1 Million, Frau Seiden-Schwarz Lebensmittel für einige Millionen, Privater Renau aus Amerika über 1 Million. Weitere Spenden sind in Aussicht gestellt, die dazu beitragen werden, die Not zu lindern.

Wolferdingen, 3. Okt. Dem hiesigen Bürgermeisteramt sind von der Südd. Diskontogesellschaft in Billingen 1 Million für die Brandgeschädigten übergeben worden.

Ludwigschafen (Bodensee), 3. Okt. Fahrbare Holzhäuser mit voller Inneneinrichtung von vier Zimmern, Küche, Klosett und Speisekammer werden von der hiesigen Niederlassung der Allgemeinen Holzbau A.-G. (Charlottenburg) hergestellt. Die Gesellschaft hat eine derart starke Nachfrage nach diesen der Wohnungsnot steuernden Dauerholzhäusern, die sie „Wohnmobile“ nennt, daß sie sich mit dem Gedanken der Gründung einer eigenen Bank befaßt, die diese Häuser durch Ausgabe von Bodenrentbriefen finanzieren soll. Ein solches Haus stellt sich mit eigener elektrischer Beleuchtungsanlage, Heizung und Warmwasserversorgung auf ungefähr 8400 Goldmark.

Kadolzburg, 3. Okt. Nachdem der Bürgerausschuß die Einführung einer Getreidesteuer beschloffen hat, sind die Wirte in den Streit getreten und wollen keine Getränke mehr verabfolgen, bis die Steuer wieder aufgehoben ist.

Konstanz, 3. Okt. Ein gemeiner Diebstahl ist in den letzten Tagen hier ausgeführt worden. Aus einem Hausgang wurde einem Schwerfriegeschädigten das Fahrrad gestohlen, das für ihn die einzige Fortbewegungsmöglichkeit war.

Stuttgart, 3. Okt. Brotpreiserhöhung. Der Preis für markenfrees Brot wurde hier auf 18 Millionen, für Weißbrot auf 22 Millionen für das Kilogramm erhöht. Ein Bröckchen kostet eine Million. Das Backgeld wird wieder um die Hälfte erhöht.

Die Kartoffelernte in Baden fällt, wie sich jetzt herausstellt, sehr mittelmäßig aus. So schön auch stellenweise die Felder aussahen, so gering ist der Ertrag. Es hängt nichts an den Stöcken. In schwereren Böden befriedigt der Ertrag noch einigermaßen, in leichteren ist er durchschnittlich recht mäßig. Wenn in Baden im Winter keine Kartoffeln eintreten soll, so muß rechtzeitig für bedeutende Zufuhr von auswärts gesorgt werden.

Die Arbeitsmarktlage in Baden verschlechtert sich auch weiterhin. Die Nachfrage nach Arbeitskräften hat fast vollständig aufgehört. Umfangreiche Arbeitszeitverkürzungen stehen in der Textilindustrie bevor und im Baugewerbe haben fast überall Entlassungen in größerer Zahl stattgefunden.

lokales

Wildbad, den 4. Okt. 1923.

Die Gemeinde Calmbach geht bahndrehend vor. Es ist beschlossen worden, nicht nur Kartoffeln anzukaufen, sondern auch Weizen. Dieser soll, nachdem gemahlen, als Mehl an die Einwohner abgegeben werden. Bedeutende Vorräte sollen schon fest bestellt sein. Die Geldfrage ist, dem Vernehmen nach, auf folgende Weise gelöst worden. Nach Zustimmung von Seiten der Regierung in Stuttgart hat Calmbach auf seine neuen Bauten (Siedlungsbauten) Golddarlehen als Hypothek aufgenommen und benützt die so erhaltenen Summen u. a. zum Ankauf von Lebensmitteln. Sobald nun der Verkauf derselben vorgenommen wird, gehen die ausgenommenen Beträge wieder ein und sie können zurückbezahlt werden. Die der Gemeinde entstehenden Kosten sollen erträglich sein. Naturgemäß werden die Kaufbeträge der Calmbacher Einzelabnehmer erheblich niedriger sein, als wenn erst der Zwischenhandel seinen Gewinn eingestrichen hat.

In der Invaliden- und Angelegenheitenversicherung bringt der 1. Oktober infolge der Geldentwertung neue Beitragsklassen. Die Verordnung behält zwar für die Lohn- und Gehaltsklassen und die Beitragssätze die bisherigen Ordnungsnummern 40 bis 50 bei, verzehnfacht aber in ihnen die Jahresarbeitsverdienste, die Beiträge und den Geldwert der Marken. Die Neuregelung der Steigerungsbeträge ist einseitig vorbehalten. Hiernach gilt die Beitragsklasse 40 für Jahresarbeitsverdienste von mehr als 14,4 bis 18 Milliarden Mark; die Klasse 45 erhält Stundenlöhne von mehr als 25 bis zu 35 Millionen Mark und Monatsgehälter von mehr als 5 bis zu 7 Milliarden Mark. Die Spanne der Jahresarbeitsverdienste beträgt zwischen den Klassen 40 bis 45 rund 6 bis 12 Milliarden Mark. Für Jahresarbeitsverdienste von 14,4 Milliarden Mark und weniger, z. B. bei Jugendlichen, Hausgehilfen und anderen Versicherungen, bleibt nur die bisherige Lohn- und Gehaltsklasse 36 offen, aber mit dem Zehnfachen des Geldwerts der Beitragsmarke 36. — Für Beitragszeiten vor dem 1. Oktober können nur die aufgewerteten Beitragssätze verkauft werden; säumige Beitragszahler wird der Gewinn aus der Geldentwertung zugunsten der Versicherungsträger entzogen. Wer Renten aus eigenem Recht bezieht, erhält ab 1. Oktober die Rentenzufüge von 100 Millionen Mark, Witwen und Waisen eine solche von 60 und 50 Millionen Mark.

Sozial- und Kleinentnerfürsorge. Die Reichsrichtzahl, die der Berechnung von Unterhaltungen für Sozial- und Kleinentner zugrunde zu legen ist, beträgt 28 Millionen.

Reichsrichtzahl wird von nun ab vom Statistischen Reichsamt die bisherige „Reichsrichtzahl“ der wichtigen Lebenshaltungskosten genannt.

Neue Freimarken. Die Reichsdruckerei verteilt gegenwärtig die durch die neue Postgebührenerhöhung notwendig

gewordenen neuen Marken. In der Hauptsache sind es wieder Ueberdruckmarken. Die 400 000-Mark-Markte wird auf alten Marken zu 15, 25, 30 und 40 Pfennig, die 800 000-Mark-Markte auf Marken zu 5 und 10 Pfennig usw. hergestellt. Auch die 2 Mill.-Mark-Markte wird als Ueberdruckmarke erscheinen.

Ueberklebte Postkarten. In letzter Zeit werden vielfach alte und verschriebene Postarten durch Ueberkleben von Papier wieder brauchbar gemacht. Der Reichspostminister hat jetzt trotz ernster betriebstechnischer Bedenken, wie es in dem Bescheide heißt, mit Rücksicht auf die allgemeine wirtschaftliche Lage überklebte, schon gebrauchte Postarten und überklebte zurechtgeschnittene Karten ähnlicher Art versuchsweise zur Postbeförderung zugelassen unter der Bedingung, daß das zur Ueberklebung verwendete Papier auf der ganzen Fläche aufgelegt ist, die überklebte Karte höchstens 8 Gramm wiegt und die Aufschriftstelle für Briefmarken, Stempel und Postvermerke frei bleibt wie bei den amtlichen Postarten.

Echte und falsche Reichsbanknoten. Nächster Tage werden neue Reichsbanknoten zu 20 und 50 Millionen Mark in den Verkehr kommen, die 50 Millionennoten sind 84x125 Millimeter groß und auf grauem oder weißem Wasserzeichenpapier gedruckt (Wierpalmblätter, fächerförmiges Liniennmuster mit den Buchstaben G und D). Die Wertzeile ist durch kräftigen Druck besonders hervorgehoben. Die Notizen zu 20 Millionen sind 82x125 Millimeter groß und auf braunem oder weißem Wasserzeichenpapier gedruckt. Die Rückseite der Scheine ist angedruckt.

Von den neuen 2 Millionennoten mit dem Datum des 1. August 1923, den 10 Millionen-, 20 Millionen- und 50 Millionennoten mit dem Datum des 25. Juli 1923 sind 5 Millionen aufgetaucht, die an der mangelhaften Nachahmung oder an dem Fehlen der Wasserzeichen und Pflanzenfasern unsicher zu erkennen sind. Gleichzeitig wird auf den Umlauf von falschen Reichsbanknoten aufmerksam gemacht, die eine von den echten in Schrift und Zeichnung gänzlich abweichende Ausführung zeigen.

Wie weit die Fälscher der Fälscher geht, ersieht man daraus, daß in letzter Zeit wiederholt Nachahmungen von Reichsbanknoten verbreitet wurden, die aus Abbildungen echter Noten in illustrierten Blättern ausgeschnitten und zusammengeklebt waren.

Die Schlüsselzahl für das Buchdruckgewerbe wird ab 3. Oktober auf 3,6 Millionen erhöht.

Illerlei

Erdbeben. Die Stadt Jaito an der Ostküste der jetzt zu Japan gehörigen Insel Formosa ist durch ein Erdbeben am Samstag zum Teil zerstört worden.

Meuterei. Im Gefängnis zu Düsseldorf meuterten die Gefangenen. Einer derselben wurde erschossen, ein anderer schwer verletzt.

Bestrafung. In Petersburg wurden 384 Steuerbeamte, darunter zwei zum Tode, verurteilt, die der Bestechung und Erpressung angeklagt waren.

Der Wissende. „Vater, heute war ich der einzige in der ganzen Klasse, der eine schwierige Frage beantworten konnte!“ „Was hat denn der Lehrer gefragt?“ „Wer in unserem Klassenzimmer die Schreie eingeschmissen hat!“

Die Hilfe Amerikas. Der Papst hat, wie die „Frankf. Zeitung“ meldet, die amerikanischen Bischöfe aufgefordert, ihre Mildtätigkeit mehr dem nahen Osten und Mitteleuropa zuzuwenden, wo der nahende Winter mit den Schrecken des Hungers und der Kälte droht. Rußland bedürfe der Hilfe nicht mehr so sehr.

Leffeps t. Der durch den Panama-Kanal bekannt gewordene Ingenieur Charles v. Leffeps ist in Paris im 83. Lebensjahr gestorben. Leffeps, ein Sohn des Erbauers des Suez-Kanals, hat sich seinerzeit auch an den skandalösen Spekulationen Harons beteiligt.

Weibliche deutsche An siedler. Wie aus Mexiko berichtet wird, sind im Staat Sonora (Mexiko) 100 deutsche Kriegervwitwen eingetroffen. Deutsche Landeigentümer haben von ihrem dort befindlichen Besitz das erforderliche Land abgegeben und stellen den weiblichen Ansiedlern alle Hilfsmittel zur Verfügung. Ende August sollen abermals 100 deutsche Kriegervwitwen im Gebiet von El Fuerte angesiedelt werden.

J. A. 3, das neue Zeppelinluftschiff, soll nach einer Neuermeldung für einen ständigen Luftpostdienst zwischen New York und London verwendet werden. Die Reisedauer soll je zwei Tage betragen.

Der Straßenbahnfahrpreis in Dresden ist auf 12 Millionen Mark für die einfache Fahrt erhöht worden. — Das sind nette Aussichten.

Universität ohne Reifeprüfung. Das Ministerium für Volksbildung in Thüringen hat verfügt, daß Personen, die das 25. Lebensjahr zurückgelegt haben und nach ihren Anlagen und bisherigen Leistungen zum Hochschulstudium geeignet erscheinen, zum Studium eines bestimmten Fachs an der Landesuniversität Jena eingeschrieben werden können. Die zugelassenen Bewerber genießen die vollen Rechte der Studierenden.

„Wie die Arbeit, so der Lohn.“ Ein Gewerbeschul-lehrer schreibt in der „Medienb. Schulz.“: An der Gewerbeschule gebe ich an einem Nachmittage von 3 bis 7 Uhr Unterricht. Von diesen Stunden wird eine als Ueberstunde mit 1000 (tausend) Mark vergütet. Da es gegenwärtig schon notwendig ist, vier Gaslampen anzuzünden, verbräuche ich, wenn alles glückt, zwei Schwefelbölzer. Ein Paket habe ich mir für 3,8 Millionen gekauft; bei einem Inhalt von etwa 550 Stück kommen die beiden Schwefelbölzer auf 13 800 M zu stehen. Auf meine Arbeit muß ich also noch 12 800 Mark draufzahlen.

Tänzerstreik. Auf der Kirchweih in Bieberbach bei Koburg verlangte die Musik aus Sonnefeld 1 Million Mark für den Tanz und auf jeden Tänzer. Das war den Mannsleuten zu viel und verabredeten einen Streik. Um 3 Uhr nachmittags sollte der Tanz beginnen, um 6 1/2 Uhr abends regte sich noch kein Bein. Den Herren von der Musik blieb nichts anderes übrig, als für eine halbe Million zu spielen.

Der Traum als Verräter. Im Februar 1921 war die alte Frau Richter in ihrer Wohnung in der Wallstraße in Chemnitz ermordet aufgefunden worden. Der Täter konnte bisher nicht ermittelt werden. Jetzt hat sich in der Strafanstalt Zwickau der Gefangene Hoppenz durch Redensarten ver-raten, die er im Traum geführt hat. Bei seiner Vernehmung hat Hoppenz nunmehr gestanden, daß er in der Wohnung der Frau Richter stehen wollte und die Greisin, die hinzukam, mit einer Schuhmacherahle erstochen habe.

Der Lurusgegenstand. Ein französischer Offizier, der im Krieg ein Bein verloren hatte, bestellte sich in Brüssel ein neues künstliches Bein. Als es nach Paris geschickt wurde,

erhob die französische Zollbehörde einen Zoll von 200 Franken, weil der Apparat ein Luxusgegenstand sei.

Mieteschirme. In Brüssel ist die Einrichtung getroffen worden, daß gegen einen geringen jährlichen Betrag jeder Belgier sich in eine Gesellschaft aufnehmen lassen kann, die überall in den staatlichen Tabakgeschäften Schirme hinterlegt. Bei eintretendem Regen holt der Abonnent im nächsten Tabakgeschäft gegen eine Marke, die er immer bei sich trägt, einen Schirm, und diesen gibt er in einem beliebigen andern Tabakladen wieder ab, worauf er wieder eine Karte erhält, die zu einem weiteren Schirmgebrauch berechtigt.

Der Sprung vom Kirchsturm. Die Frau, die am Samstag vom unteren Turmzug der Michaelskirche in Hamburg aus einer Höhe von 70 Metern den Todesprung gemacht hatte, ist eine 19jährige Amerikanerin, die vor vier Wochen mit ihrem Mann, einem Spanier, nach Hamburg gekommen war. Der Ehemann war mit dem ganzen Vermögen und den Schmucksachen seiner jungen Frau inzwischen durchgebrannt.

Durchgebrannt ist ein 19jähriger Bankbeamter in Köln, nachdem er eine Billion Mark unterschlagen hatte.

Die Diebe sind immer bereit. Kurz nach der Eröffnung der Berliner Automobilausstellung am Samstag wurde ein nur kurze Zeit unbeaufsichtigt gelassener Ausstellungswagen gestohlen. — In Charlottenburg überfielen maskierte Räuber ein Geschäft und entlochen mit dem Inhalte der Ladentasse von etwa 70 Milliarden in einem Kraftwagen. Ein Teil der Räuber hielt mit Revolvern den Ladenbesitzer in Schach, bis der Wagen verschwunden war.

Eine Juweliendiebin erwischt. Vor einigen Tagen wurden einem amerikanischen Ehepaar in einem Berliner Gasthof Schmucksachen im Wert von 30 000 Dollar gestohlen. Die Polizei verhaftete eine im gleichen Gasthof wohnende Frau namens Dickmann, die aus Russland stammt und in Konstantinopel ihren Mann geheiratet hatte. Man fand bei ihr, in den Kleidern eingeknäht und in einem Posterstuhl oerstedt, sämtliche Schmucksachen wieder. Die Verhaftete scheint eine berufsmäßige Gasthofdiebin zu sein.

Brand eines Munitionslagers. Beim Bahnhof in Braha (Bulgarien) geriet ein Heulager in Brand. Das Feuer sprang auf ein Munitionslager über, das kürzlich in der Bämpfung des Kommunistaufstands angelegt worden war. Mehr als ein Drittel der Stadt wurde eingeschmiedet, darunter die Landwirtschafsbank, da wegen der Explosionsgefahr niemand löschen wollte.

Letzte Nachrichten.

Der Wirrwarr in Berlin.

Wachsende Schwierigkeiten.

Berlin, 3. Okt. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei faßte heute bezüglich der politischen Lage folgende Beschlüsse: 1. In der Frage der Arbeitszeit billigt die Fraktion die Entschlüsse des Kabinetts in seiner gestrigen Sitzung; 2. Die Fraktion ist bereit, dem Ermächtigungsgesetze zuzustimmen, hält aber aus sachlichen Erwägungen eine andere Besetzung des Reichsfinanzministeriums für unerlässlich.

Die Sozialdemokratische Fraktion des Reichstags nahm in fast 3/4stündiger Sitzung zur Lage Stellung. Das Ergebnis dieser Sitzung geht, wie die L.-U. erfährt, dahin: Die Sozialdem. Fraktion lehnt die in Aussicht genommene Arbeitszeitformulierung ab und läßt sich auch nicht auf die Aufgabe eines Postens im Kabinett ein. Zusammenfassend kann gesagt werden, daß eine einheitliche Auffassung in der soz. Fraktion nicht zum Durchbruch kam, vielmehr fanden sich die Auffassungen, ob der Kompromißvorschlag, dem sich auch die Sozialdem. Mitglieder der Reichsregierung angeschlossen hätten, angenommen werden könnte, oder nicht, ziemlich scharf gegenüber.

Eingreifen des Reichspräsidenten.

Berlin, 3. Okt. Nach dem „Lokalanzeiger“ hat auch Reichspräsident Ebert, als die Krise ihren Höhepunkt erreicht hatte, mit verschiedenen Parlamentariern Rücksprache genommen. Man erfährt jetzt, daß der Reichspräsident in dieser Besprechung auf seine Parteifreunde einwirkte und auf die den Sozialdemokraten unliebsamen Folgen hinwies, die aus einem Rücktritt des Kabinetts Stresemann entstehen müßten. Dichtem Eingreifen des Reichspräsidenten wird es im weitestlichen zugesehen, wenn die Krise für den Augenblick beendet werden sollte. Unter der Oberfläche würde sie selbstverständlich weiter bestehen.

Noch keine Reichstagsitzung.

Berlin, 3. Okt. Auch am Mittwoch kam es infolge der Parteiverhandlungen und der Kompromißversuche in der Regierungskrise zu keiner Plenarsitzung des Reichstags. Bis in die späten Abendstunden berieten die Fraktionen, Führer und Reichsminister. Ob am Donnerstag eine Sitzung stattfinden kann, hängt von den Entscheidungen in der Nacht ab.

Die vollendete Krise.

Berlin, 3. Okt. Abg. Müller-Franken (Soz.), der sich zum Reichskanzler nach der sozialdemokratischen Fraktionsitzung begab, erhielt den Auftrag, eine neue Formulierung in der Frage der Arbeitszeit vorzulegen. Erst nach der Kabinettsitzung, die am Nachmittag stattfand, soll in den Abendstunden die sozialdemokratische Fraktion zu einer endgültigen Beschlussfassung zusammentreten. Bedeutung wird einem Leitartikel des „Vorwärts“ beigemessen, der in ungewöhnlich scharfem Ton die Deutsche Volkspartei angreift, deren Politik statt Aufbau lediglich einen Scheitern nach dem anderen erzielt. Auch auf die Frage der Auflösung des Reichstags geht der „Vorwärts“ ein, — wenn die gegenwärtige Regierung stürzt, so ist kaum noch eine verfassungsmäßige Neubildung einer Regierung möglich. Man spricht heute im Reichstag bereits von einer Auflösung des Reichstags, ohne zu sagen, wer diese Auflösung will und wann die Neuwahlen stattfinden hätten. Offenbar rechnet man schon heute mit einer außerparlamentarischen Diktatur, die unter deutschnationalem Einfluß nach bayerischem Muster steht.

Immer noch Ausweisungen.

Züsburg, 3. Okt. Am 2. Okt. wurden 52 Eisenbahner mit ihren Familien ausgewiesen. Sie wurden vorher nicht gefragt, ob sie die Arbeit wieder aufnehmen wollten. — Die Befehlsgewalt hat am Montag 413 deutsche Beamte, Angestellte und Arbeiter, die an der „Propaganda für den passiven Widerstand“ teilgenommen hatten, aus Eisen ausgewiesen.

Abzug der britischen Truppen aus Konstantinopel. Konstantinopel, 3. Okt. Die Fahne der Verbündeten wurde in sämtlichen Kasernen der Stadt durch türkische Fahnen ersetzt. Die Bewaffnungsfähigkeiten

wurden im Verleihen der verwundeten und kranken Truppen vor dem Palast To ma Tepe vorgenommen. General Harrington hat mit sämtlichen britischen Truppen die Stadt verlassen und sich an Bord des Dampfers „Arabie“ eingeschifft.

Handelsnachrichten

Dollarkurs am 3. Okt.: 441 100 000 (320 800 000). Höchststand 406 257 500.

Der Wert einer Million Mark in Pfennigen am 1. Okt.: in Holland 1,8, Belgien 6,4, Norwegen 2,9, Dänemark 2,6, Schweden 1,8, Italien 7,4, London 1,9, New York 1,8, Paris 5,5, Schweiz 1,8, Spanien 2,5.

Goldkaufpreis der Reichsbank am 1. Oktober 1110 180 000 Mark für ein Zwanzigmärkiges Reichsilbermünzen kaufte die Reichsbank zum 15millionenfachen Preis des Nennwerts.

Das Ergebnis der Goldanleihe steht nunmehr vorbehaltlich geringfügiger Ergänzungen fest. Es wurden 104 224 186 \mathcal{M} Gold gezeichnet und zwar gegen Mark 129 788 144 \mathcal{M} Gold, gegen Renten 30 852 809 \mathcal{M} Gold, gegen Dollarkaufanweisungen 2596 553 \mathcal{M} Gold und gegen Goldmarkanweisungen 986 630 \mathcal{M} Gold.

Die Kurse der Goldanleihe sollen nun doch 18 g 11 h, mit Ausnahme Samstags, an der Berliner Börse notiert werden.

Kaltpreisenerhöhung. Die Sechserkommission des Reichskalttrats beschloß einstimmig Erhöhung der (in Gold berechneten) Kalt-Inlandspreise um 12 806 v. H. mit Wirkung ab 2. Oktober.

Das marktsfreie Brot in Berlin (1900 Gramm) kostet ab 3. Oktober 24 Millionen. Alle anderen Tage Preisänderungen.

Weizenmehlpreis Spezial Nr. 0 in Mannheim am 3. Oktober rund 3,5 Mill. M. für 100 kg. Käufe wurden nicht abgeschlossen.

Berliner Fettmarkt. Butter: Zufuhren gering. Preissteigerung im Verkehr zwischen Großhandel und Erzeuger, Frucht und Gebinde zu Lasten der Käufer vor je Pfd. 1. Sorte 40 Mill. M. — Margarine: Starke Knappheit. — Schmalz: Bei starker Nachfrage gingen die Schmalzpreise erheblich in die Höhe. Infolge der starken Nachfrage haben sich die Käufer hier sehr geduldet, so daß eine empfindliche Knappheit eingetreten ist. Bei der Zuteilung der Posten seitens der Reichsbank wurden wieder Verteilungserleichterungen vorgenommen, so daß die Aufträge nur teilweise ausgeführt werden konnten. Die Notierungen waren nominal. — Speck: Starke Nachfrage bei steigenden Preisen.

Markte

Zuffingen, 3. Okt. Schweinemarkt. Dem Schweinemarkt waren 120 Milchschweine zugeführt. Bezahlt wurden für ein Paar 220 bis 600 Millionen Mark. 18 Stück blieben un verkauft.

Devisenkurse

Berlin	2. Oktober		3. Oktober	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Holland	125280000,0	125914000,0	172567500,0	173432500,0
Belgien	1159500,0	16240500,0	32144500,0	32255500,0
Norwegen	50473500,0	50722500,0	69825500,0	9974500,0
Dänemark	56858000,0	56942000,0	77805000,0	78125000,0
Schweden	84588000,0	85012000,0	116508000,0	11702000,0
Italien	14364000,0	14436000,0	19750500,0	16849500,0
London	1446375000,0	145325000,0	1995000000,0	2005000000,0
New York	312200000,0	320840000,0	438900000,0	441100000,0
Paris	19152000,0	19248000,0	26134500,0	26265500,0
Schweiz	56857500,0	57142500,0	78403500,0	78790500,0
Spanien	42892500,0	43107500,0	58828500,0	59147500,0
Deutsch-Osterr.	4488,50	4511,50	6184,50	6215,50
Ungarn	9520125,0	9573875,0	13117125,0	13182875,0
Argentinien	105735000,0	106265000,0	145635000,0	146395000,0
Chile	155610000,0	156390000,0	216495750,0	217607250,0

Reichsgoldanleihe: 418 bis 400 Millionen.

Das Wetter

Die Störung nimmt überhand und gleicht dem Einfluß des Hochdruckes über Westeuropa. Am Freitag und Samstag ist höheres und vereinzelt niederschlagsverbundenes Wetter zu erwarten.

Bekanntmachung.

Auf die bei der Stadtgemeinde bestellten Kartoffeln sind sofort 100 Millionen Mark pro Zentner auf der Stadtpflege anzuzahlen.

Stadtschultheißenamt.

Gas- und elektr. Strompreise.

Durch Beschluß vom 2. ds. Mts. hat der Gemeinderat mit Wirkung vom 1. Oktober ds. Js. an die Preise für Gas und elektr. Strom wie folgt festgesetzt:

- Einheitspreis für Gas 4400 000 \mathcal{M} für 1 cbm.
- Einheitspreis für elektrischen Strom 12000 000 \mathcal{M} für 1 K. W. Std.
- Preis für 1 Zentner Koks 28000 000 \mathcal{M}
- Preis für 1 Hilo Teer 580 000 \mathcal{M}
- Preis für 1 Zentner Holzkohle 28000 000 \mathcal{M}

Wildbad, den 3. Oktober 1923.

Stadtschultheißenamt.

Biehjehenumlage für das Jahr 1924.

Durch Verfügung des Ministeriums des Innern vom 25. September ds. Js. (Staatsanz. Nr. 225) wird eine Nachumlage erhoben

- | | |
|----------------------------------------------------|-------------------------|
| bei Pferden, 1 Jahr alt und darüber und Maultieren | 6 000 000 \mathcal{M} |
| bei Pferden kleinerer Rassen, Eseln und Maulseeln | 1 800 000 \mathcal{M} |
| bei Rindvieh (Kälber unter 3 Monate) | 900 000 \mathcal{M} |
| bei Rindvieh (3 Monate alte und ältere Tiere) | 3 000 000 \mathcal{M} |

Diese Beträge, sowie die Sätze der 1. Umlage, werden demnächst bei den Tierbesitzern zum Einzug gebracht werden.

Wildbad, den 3. Oktober 1923.

Stadtschultheißenamt.

Fettes Ochsenfleisch

von morgen früh 8 Uhr ab auf der

Freibank!

Linden-Lichtspiele.

Samstag abend halb 9 Uhr, Sonntag nachm. 4 Uhr und abends halb 9 Uhr

Das Riesen-Sensations-Programm:

12 Akte! In der Hauptrolle EDDIE POLO 12 Akte!

„SEPIRATEN“

6 Episoden, 36 Akte.

2. Teil: „Verborgene Gefahren“

„Mit Büchse und Lasso“

6 Episoden, 34 Akte.

2. Teil: „Im wilden Ringen“



Heute abend 8 Uhr im Ratskeller kleine Abschiedsfeier anlässlich des Wegzugs unserer aktiven Spieler Emil u. Oskar Eisele wozu auch die passiven Mitglieder zur Teilnahme febl. eingeladen werden.

Cablian und Schollen

empfiehlt Adolf Blumenthal.

Komme nächster Tage nach Wildbad und kaufe

alte Gebisse

ferner

Gegenstände aus Gold, Silber und Platin, alte Schmucksachen, Gold- und Silbermünzen.

Adressangaben an die Geschäftsstelle ds. Bl. erbeten unter E. Wolf, Edelmetalle, Pforzheim.

Laubstammholz, Stangen- u. Schichtholz-Verkauf

der Gemeinden Höfen und Wildbad

am Montag, den 5. Oktober 1923, vormittags 10 Uhr im mündlichen Aufstreich auf dem Rathaus in Wildbad.

Wildbad: 1. Laubstammholz: 40 Ei. mit 0,91 Fm. IV, 0,21 V., 5,17 VI. Kl.

2. Laubholzstangen: Ei-Verbstangen 111 Fm. I, 35 II., 23 III. Kl.

3. Radelholzstangen: Bau Ia 26, Ib 5, II. 5, Hag II. 2.

Wildbad: Bau Ia 7, Ib 10, II. 36, III. 4, Hag III. 7, Hopf. I. 115, II. 283, III. 90, IV. 24, V. 136, Rebst. I. 1526, II. 842, Bohnenst. 30 St.

4. Nugholz: Fo-Rugel 15 Rm., La-Scheiter 4 Rm., Pap-Holz I. Kl. ger. 4 Rm., II. 3 Rm., unfortiert 1 Rm.

Losverzeichnisse und Auskunft durch die Stadtpflege Wildbad.

Wildbad, 3. Oktober 1923.

Danksagung.

Für die vielen Beweise inniger Teilnahme beim Hinscheiden unserer lb. Mutter, Großmutter und Schwester

Karoline Krauß We.

sagen wir herzlichen Dank, insbesondere auch den Krankenschwestern, sowie dem Herrn Geistlichen.

Die trauernden Hinterbliebenen.

